

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 5 / 2021

UND EWIG GRÜSST DER EINGREIFTRUPP

THOMAS ROITHNER

Warum eine EU-Truppe als Lehre aus Afghanistan nicht zu Frieden führt und wir Sicherheit neu denken sollen.

Es ist alter Wein in neuen Schläuchen, wenn sich die EU an den USA sicherheitspolitisch reibt und Eingreiftruppen fordert. Heute, weil man beim US-Abzug aus Afghanistan abhängig ist. Gestern, weil man beim Marschieren nicht um Donald Trumps Segen bangen wollte. Vorgestern folgte man Präsident Bush 2001 solidarisch in den Fuchsbau Afghanistan, um sich 2003 über seinen Krieg im Irak so zu ärgern, dass stante pede eigene Eingreiftruppe hermussten. Am Beginn der jüngeren EU-Eingreiftruppen-Debatte stand Bill Clinton. Nach dem ebenso völkerrechtswidrigem Jugoslawienkrieg 1999 haben die EU-Staaten auf Washingtons Geheiß sofort gemeinsame 60.000 Soldaten auf Papier geschrieben. 2003 entsandte die EU erste Truppen nach Mazedonien und in den Kongo.

Die Krux an der Sache: Der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fehlt das Gemeinsame. Vergeblich sucht man EU-Positionen zu Flüchtlingen, Konfliktbearbeitung in Syrien oder Libyen, Atomwaffen, Killerrobotern oder dem Umgang mit China. Außenpolitische Uneinigkeit wird seit 20 Jahren mit Geschäftigkeit betreffend EU-Militäreinsätzen und später auch EU-Rüstungsprojekten über-tüncht. Hochumstrittene EU-Truppen zur Piratenjagd im Horn von Afrika, militärischer Ertüchtigung fragwürdiger Truppen im Sahel oder auch Euromilitärs im Tschad erhielten wegen neokolonialen Geruchs nicht nur Applaus. Geheimhaltung verhindert, dass unabhängige Stellen Bilanz ziehen. Statt „humanitärer Intervention“ geht es immer öfter um Ressourcensicherung und Flüchtlingsabwehr.

Truppen auf Papier?

Was der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und der auch für Rüstung zuständige EU-Kommissar Thierry Breton um das Treffen der Außen- und Verteidigungsminister in Slowenien fordern, ist längst beschlossen. Eingreiftruppen sind seit 2003 operativ, und die EU-„battle Groups“ - bislang noch nie eingesetzt – könnten sogar ohne EU-Mandat loskämpfen. Sie trainieren den Einsatz in Wüsten, Hochgebirge, Dschungel und Städten. Breton fordert eine Kommandozentrale. Aber den militärischen Planungs- und Koordinierungsstab – abgespecktes Quasi-Hauptquartier – gibt es seit einigen Jahren. Mit der Unterstützung von UN-Truppen in Krisengebieten sollte sich in den letzten Jahren niemand aufhalten – europäische Interessen sind Trumpf.

Die „Sprache der Macht“

Auch eine Sicherheitsdoktrin steht auf der Wunschliste vom EU-Rüstungskommissar Breton. Die EU-Sicherheitsstrategie 2003 wies nach dem Irakkrieg frappante Ähnlichkeiten mit der US-Strategie auf, und die EU-Globalstrategie 2016 will „bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausüstungen“ auf dem Land, in der Luft, im Weltraum und zur See. Seither entwickeln die EU-Staaten in Kerneuropamodellen, Eurodrohnen, EU-Kampfhubschrauber, ein Unterwasserinterventions-Package oder eine Geheimagentenschule. Dass es dem militärischen Kerneuropa um die „regelmäßige reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte“ geht, wird

IN DIESER AUSGABE

Killer Roboter
>>>Seite 4,5

Iran-Deal
>>>Seite 6

EU-VERTEIDIGUNG

einstimmig gutgeheißen. Militär und Rüstung hat die EU längst genug, und an Truppen und Waffen hat es auch in Afghanistan nicht gehapert.

Obwohl Milliarden über den EU-Rüstungsfonds fließen, jubeln die französischen und deutschen Wafenschmieden nur hinter vorgehaltener Hand. Es geht nach ihrem Geschmack alles viel zu langsam. Statt nationale Rüstungsspielwiesen zu mähen, soll weiter unter dem Titel „strategische Autonomie“ Geld ausgeschüttet werden. Autonomie á la EU bedeutet auch, der von Emmanuel Macron noch kürzlich „Hirntod“ beschiedenen NATO einen Platz am Tisch zu bieten. Um es mit den Worten der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu sagen: „Die EU lernt die Sprache der Macht“. Debatten über Abrüstung, völkerrechtliches Gewaltverbot oder friedenspolitische Alternativen werden zur marginalen Größe.

Während Breton öffentlich für eine EU-Sicherheitsdoktrin ausreitet, wird im Hintergrund der EU-Militärkompass gesattelt. Eine deutsche Idee im Umfeld ihrer EU-Ratspräsidentschaft, die 2022 unter der französischen Ratspräsidentschaft finalisiert werden soll. Das folgt einer Systematik der EU-Militär- und Rüstungspolitik: Man spricht viel Deutsch, und Frankreich hat das letzte entscheidende Wort. Die Bedrohungsanalyse des Militärkompasses ist ein Dokument der Nachrichtendienste. Die Mitgliedsstaaten stimmen nicht darüber ab. Innerhalb der Debatte über Demokratie in der EU nahm jene über die Mili-

tär- und Rüstungspolitik schon bislang eine besondere Stellung ein.

Zivil hat Vorrang

Rund 80 Prozent des Personals bei EU-Einsätzen seit 2003 sind Militärs. Ziviles ist – Friedensnobelpreis für die EU hin oder her – unterrepräsentiert und seit zehn Jahren sogar rückläufig. Es stünde gerade den Neutralen gut zu Gesicht, sich an die Spitze jener Staaten zu stellen, die gemeinsam mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung vorantreiben. Das türkis-grüne Regierungsprogramm hat ein ziviles Kerneuropa auf geduldigem Papier festgehalten.

Neue Institutionen für Friedensförderung und Gewaltprävention sind entstanden oder stehen in den Startlöchern. Der Zivile Friedensdienst in Österreich ist eines dieser Projekte, die als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft konzipiert sind, und er wartet auf seine Umsetzung. Spezifisch ausgebildete Friedensfachkräfte sollen an den Ursachen, Verläufen und Folgen von Konflikten mit gewaltfreien Mitteln als „kluge Macht“ unterstützen. Nach 20 Jahren Afghanistan sollte eines außer Streit stehen: Es gilt, Sicherheit neu zu denken.

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Privatdozent für Politikwissenschaften an der Universität Wien und Mitarbeiter des Int. Versöhnungsbundes, Wien.

Dieser Kommentar erschien am 7.9.2021 im Online-Standard (Kommentar der Anderen).

EU: SCHNELLE EINGREIFTRUPPE GEPLANT

2021 wurden die Grundlagen für den „Strategischen Kompass“ der EU für Sicherheit und Verteidigung erstellt. Ohne Großbritannien und während sich die USA auf den Indopazifischen Raum konzentrieren, verfolgt die EU das Ziel eines eigenständigen globalen Players in militärischen und politischen Angelegenheiten.

Bis 2025 soll eine Eingreiftruppe mit 5.000 Militärs aufgestellt werden, die in einem „beschleunigten Beschlussverfahren“ durch eine „Koalition der Willigen“ eingesetzt werden soll. Möglicherweise werden die sog. „EU Battle-Groups“ in diese neue Einheit eingegliedert. Österreich wird 2025 für ein ganzes Jahr an den Battle-Groups beteiligt sein. Verteidigungs-

ministerin Tanner hat Österreichs Beteiligung an den „Willigen“ bei der Präsentation des Kompasses Mitte November 2021 durch EU-Außenbeauftragten Borrell bekräftigt: „Ich sehe kein grundsätzliches Problem mit dem Neutralitätsgesetz. Selbstverständlich ist alles zu überprüfen, keine Frage. Man muss sich immer den Inhalt der jeweiligen Mission anschauen. Wir als Österreicher können aber nicht immer nur die sein, die Sicherheit entgegennehmen, sondern haben auch unseren Beitrag zu leisten“. Muster Schüler Österreich? Soll die Neutralität bei EU- und NATO(PfP) Aktivitäten wirklich nicht gelten? Der Ministerin ist das Neutralitätsgesetz offensichtlich ziemlich egal.

(Red.)

Liebe Leserinnen und Leser!

Nach dem Tod des US-amerikanischen Herzspezialisten Bernard Lown am 16.2.2021 (bfr.1/2021) starb am 12.11.2021 auch sein russischer Kollege **Jewgeni Iwanowitsch Tschasow**. Beide Kardiologen gründeten im Kalten Krieg die **Organisation der Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)** und wurden 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Das „**State Partnership Program**“ (**SPP**) der USA diente ursprünglich dazu, die ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas einem westlichen (NATO) Militärstandard zuzuführen. Heute gibt es weltweit zahlreiche Kooperationen auf mehreren Kontinenten. Wie kundige Militärmedien berichten, wird Österreich 2022 eine intensivere Kooperation mit der **US-Nationalgarde vom Vermont** eingehen. Ministerin Tanner reist im ersten Halbjahr 2022 zur Unterschrift in die USA. Zusammenarbeit mit Gebirgseinheiten der NG Vermont gibt es schon seit 1983, ebenso bei Ausbildung und Manövern im Senegal. Offiziell aufgenommen in das SPP wurde Österreich 2019 bei einem Besuch des damaligen US-Außenministers Pompeo in Wien.

Das Bundesheer stockt die Beteiligung an der **EU-Mission in Mali** bis zu 100 Personen auf und stellt derzeit den „Force Commander“ (Brigadier Christian Riener). Neu ist auch ein Einsatz in **Mosambik** 2022 mit vorerst einer Soldatin. Neben dem Balkan bleibt der afrikanische Kontinent zentraler Schauplatz österreichischer Einsätze.

Laut dem **UN-Kinderhilfswerk UNICEF** wurden in den letzten 15 Jahren mindestens 42.000 Kinder in West- und Zentralafrika zum Militärdienst gezwungen. Dies erfolgt meist durch bewaffnete, nichtstaatliche Akteure. Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Die Rekrutierungen bedeuten für die Kinder traumatische Erlebnisse körperlicher und sexueller Gewalt.

Der **Friedensnobelpreis 2021** wurde an die Journalist/innen Maria Ressa (Philippinen) und Dmitri Muratow (Russland) für ihren Einsatz für die Meinungsfreiheit verliehen.

Manfred Sauer,
betrifft frieden

Benefiz-Kalender

betrifft frieden unterstützt das Kalender-Projekt „**BUNTES NAMIBIA**“ der Österreichischen Namibia Gesellschaft (ÖNG). Der Kalender zeigt künstlerische Werke von Lydia Williams, Astrid Esterlus, Martha Hamwala und Richardlee Shoombe.

Der Erlös wird über die ÖNG zur Gänze an zwei Projekten überwiesen:

Frauenhaus Friendly Haven in Windhoek – Katatura

Zephania Kameeta Foundation in Windhoek – Katatura

Die Aids-Klinik der Töchter des ehemaligen Freiheitskämpfers, evang. Bischofs und Sozialministers Kameeta.

EINZAHLUNG EURO 30.-- inkl. Versand auf das Konto des ÖFR IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900 KENNWORT: KALENDER !!! oder vereinbarte Übergabe nur in Wien zu EURO 25.-- (manfred.sauer5@chello.at)



**BUNTES NAMIBIA
2022**



DIE DÜSTERE ZUKUNFT DES KRIEGES

MARIT SEYER

Die Zeit drängt: Killer Roboter müssen jetzt verboten werden! - Ein Anliegen, das auch der österreichischen Regierung am Herzen liegt!

Wenn wir nicht bald handeln, werden Maschinen in Zukunft entscheiden, wer lebt und wer stirbt. Ein Horrorszenario, das es jedenfalls so schnell wie möglich zu verhindern gilt. Solche Entscheidungen sollten nicht auf einen Algorithmus reduziert werden. Dies widerspricht den Grundsätzen der Menschenwürde und des Rechts auf Leben. Ein Roboter versteht oder respektiert den Wert des menschlichen Lebens nicht. Dies bedeutet, dass ein Roboter keine „Tötungsentscheidung“ treffen kann, die implizit oder explizit die Menschenwürde berücksichtigt. Er erledigt einfach die Aufgabe, für die er programmiert wurde. Dies entwertet und entmenschlicht die Entscheidung und respektiert nicht den Wert, den wir dem menschlichen Leben beimessen.

Diese Meinung teilt neben der Campaign to Stop Killer Robots (KRC) Austria auch die österreichische Regierung, die von 15.-16. September 2021 eine virtuelle Konferenz zum Thema organisierte. Die High Level Eröffnung sowie die großartig zusammengesetzten Expertenpanels der Konferenz übertrafen alle Erwartungen!

Dem Außenministerium ging es bei der Organisation der Konferenz laut Leiter der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Alexander Kmentt darum, „dieses Thema dringend anzugehen und diese Waffen so zu regulieren, dass der Mensch in den Mittelpunkt rückt“. Politischer Wille solle zu Normen für den Umgang mit dieser Technologie führen und die Rolle der Künstlichen Intelligenz (KI) in Konflikten der Zukunft definieren.

Ein Ansatz, den die österreichische Kampagne jedenfalls unterstützt. Bei der Konferenz sprachen sich, neben hohen Vertretern der UNO und des Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Österreichs Außenminister und Neuseelands Abrüstungsminister nachdrücklich für ein Verbot von Killer Robotern aus.

Außenminister Alexander Schallenberg und Neuseelands Abrüstungsminister Phil Twyford riefen nachdrücklich dazu auf, Maßnahmen für ein neues Völkerrecht zu setzen, das Verbote und Regulierungen von Autonomie bei Waffensystemen festlegen soll. Sie sprachen von den verheerenden Auswirkungen im Konflikt und auch für unsere Gesellschaft im Allgemeinen, sollte es nicht bald zu einer Regulierung kommen und erinnerten an die frühere Führungsrolle beider Länder bei Prozessen zur Entwicklung von neuem Völkerrecht.

Diese politischen Überlegungen wurden durch die moralische und rechtliche Analyse des Vizepräsidenten des IKRK, Gilles Carbonnier, stark untermauert. UNO Untergeneralsekretärin Izumi Nakamitsu bekräftigte, dass sich der UNO-Generalsekretär in dieser Frage klar ausgedrückt habe, indem er autonome Waffen schon seit langem als „moralisch abstoßend und politisch inakzeptabel“ bezeichnete und ein Verbot forderte.



Kundgebung von Killer Robots Austria und Rotes Kreuz am Stock im Eisen-Platz, Wien am 10. Sept. 2021

Foto: Archiv betrifft frieden

KILLER ROBOTER

Anschließende Panels boten Raum für Expertenbeiträge zu rechtlichen sowie moralischen und ethischen Bedenken und zu den Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit, sollte es Maschinen ermöglicht werden, den Abzug in Zukunft selbstständig zu drücken. Während der Inhalt der Diskussionen hauptsächlich analytisch war, wurde klar erkannt, dass Verbote und Vorschriften notwendig sind, um diese gefährlichen Waffen zu verhindern.

Das International Committee for Robot Arms Control (ICRAC) äußerte Bedenken hinsichtlich der Geschwindigkeit der Entscheidungsfindung: „Menschen machen Fehler, aber nicht alle machen blitzschnell Fehler gleichzeitig“. UNESCO sprach über die Notwendigkeit einer Standardsetzung für KI und erklärte, dass „Standards die Entwicklung und Nutzung von KI für friedliche und nützliche Zwecke unterstützen“. Seguridad Humana en América Latina y el Caribe (SEHLAC) fügte hinzu, dass „Fernkriegsführung als präzise dargestellt wird – aber solche Behauptungen weit von der Realität vor Ort entfernt sind“. Das Future of Life Institute erzählte von der zunehmenden Einigkeit der Länder über die Notwendigkeit eines rechtsverbindlichen Vertrags, der Verbote und Vorschriften für autonome Waffen enthält.

Die Details der Konferenz sind auf deren Website unter https://eventmaker.at/bmeia/laws_conference_2021/ zu finden.



KRC Austria Obfrau Marit Seyer am 10.Sept.2021 Stock im Eisen-Platz

Foto: Archiv betrifft frieden

Der auffälligste Aspekt der Konferenz war jedenfalls die Zuversicht und Autorität, mit der politische Führer dieses Thema nun angehen können. Fast ein Jahrzehnt lang haben Staaten verhandelt und nun ist es an der Zeit, mit der Entwicklung einer völkerrechtlichen Antwort auf die Killer Roboter Frage zu beginnen.

Das bedeutet nun aber mehr denn je, dass auch die Zivilgesellschaft in den Prozess der Verhandlungen miteingebunden werden muss. Es ist unsere Aufgabe, der Regierung den Rücken zu stärken und uns offen für ein Verbot von Waffen, die selbstständig Ziele auswählen und angreifen können, auszusprechen. Mehr Infos sowie aktuelle Neuigkeiten und Veranstaltungen sind auf der Website der österreichischen Kampagne unter www.krcaustria.at zu finden.

Marit Seyer ist Obfrau der Campaign to Stop Killer Robots Austria

MELDUNG

GENFER VERHANDLUNGEN IM DEZEMBER ZU AUTONOMEN WAFFEN.

Vom 13. - 17. Dezember 2021 findet in Genf die Überprüfungskonferenz zum UN-Waffenübereinkommen statt. In mehreren „Protokollen“ werden besonders inhumane Waffen und Gegenstände definiert, wie Brand- oder Blendwaffen und explosive Kampfmittelrückstände. Die Staaten können für ein Verbot den einzelnen Protokollen beitreten.

Die Vereinbarung bietet auch die Möglichkeit neue Themen, bedingt durch die Weiterentwicklung auf dem Rüstungssektor, einzubringen. Eine Staatengruppe, der auch Österreich angehört, fordert ein Verbot autonomer Waffen, insbesondere jener Systeme, bei denen es keine menschliche Eingriffsmöglichkeit gibt. Noch könnte hier Schlimmeres verhindert werden. Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet sind enorm.

(Red.)

Iran-Deal: Zähe Verhandlungen

Die gute Nachricht: Es wird in Wien weiter verhandelt. Gemeint ist das Ringen um das Nuklearwaffenabkommen mit dem Iran (JCPOA Joint Comprehensive Plan of Action). Am 14. Juli 2015 wurde das Abkommen zwischen dem Iran und den Staaten Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland, China und den USA in Wien unterzeichnet. Im Austausch eines Verzichts des Iran auf eine Nuklearwaffe und entsprechender Kontrollen werden Sanktionen aufgehoben. 2018 verließ die USA unter Präsident Trump einseitig das Abkommen, es wurden keine Sanktionen aufgehoben, sondern weitere verhängt. In den Augen der Vertragspartner und der Weltöffentlichkeit ein schwerer diplomatischer Fehler. Seither reichert der Iran große Mengen Uran auf derzeit bis zu 60% an und wird mit den vielen neuen Zentrifugen in absehbarer Zeit waffenfähiges Uran herstellen können.

Sowohl in den USA mit Präsident Biden als auch im Iran mit der Hardliner-Regierung unter Präsident Raisi sind die Akteure ausgetauscht, die Politik im Bezug auf den JCPOA bleibt aber weiter verhärtet. Der Iran hat inzwischen die meisten Kontrollvereinbarungen mit der Atomenergiebehörde in Wien ausgesetzt. In der Zwischenzeit gab es Versuche vermutlich durch Israel, die Wiener Verhandlungen zu sabotieren. Ein Anschlag führte zu Zerstörungen in der Zentrifugenanlage, ein iranischer Atomwissenschaftler wurde ermordet, und es wurde militärisch versucht, iranische Öltransporte zu verhindern.

Aktuell wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Es ist unklar, von welcher Ausgangsbasis verhandelt werden soll. Etwa von dem Zeitpunkt, als

sich der Iran an alle Bestimmungen gehalten hat? Dies bedeutet ein Rückfahren der Anreicherung. Oder beginnend mit der derzeitigen Situation? Müssen die USA die Sanktionen aufheben, so wie es der Iran vehement fordert? Gibt es die Möglichkeit eines Zwischenabkommens, in dem bestimmte Sanktionen, wie Öllexport, Import medizinischer Güter und Teilnahme am internationalen Zahlungsverkehr wieder aufgehoben werden? Dazu stehen, aufgeworfen von den USA, noch andere Themen im Raum, wie die Einbeziehung iranischer Raketentechnologie in das Abkommen oder die Rolle des Iran in regionalen Konflikten des Mittleren und Nahen Ostens. Allerdings wäre es fatal, ein Abkommen im Bereich der Rüstungskontrolle mit zahlreichen „Fremdthemen“ zu belasten. Das iranische Volk wünscht sich sehnlich ein Ende der Sanktionspolitik gegen sein Land und mehrheitlich einen Iran ohne Nuklearwaffen. Aber die Stimme des Volkes bleibt in der augenblicklichen innenpolitischen Situation mit geringen demokratischen Möglichkeiten der Äußerung ungehört.

Die Vertragsstaaten drängen den Iran, die Anreicherung zu unterbrechen. Einige stehen natürlich auch im Dilemma, aus „Staatsräson“ die israelische Position berücksichtigen zu müssen. Die Europäische Union ist nur Vermittler zwischen den Vertragsparteien plus USA und dem Iran. Direkte Verhandlungen zwischen Iran und USA sind leider nicht möglich. Auch die Golfstaaten versuchen eine Annäherung an den Iran. Die Geduld aller ist angespannt, die Zeit für einen tragfähigen Kompromiss knapp.

Manfred Sauer
ist Chefredakteur von betrifft frieden

Atomwaffenverbotsvertrag Update

Vom 22. - 24. März 2022 findet in Wien die Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) statt. Im Rahmen dieser Tagung werden wichtige Vertragsbestandteile endgültig fixiert. Die NATO-Staaten Norwegen und Deutschland werden Beobachter entsenden.

Der TPNW umfasst derzeit 86 Beitritte und 57 Ratifizierungen. Im Hinblick auf die Konferenz wird sich diese Zahl weiter erhöhen. (Red.)

Pakistanischer Atomwissenschaftler verstorben

Abdul Qadeer Khan ist am 10. Oktober 2021 mit 85 Jahren verstorben. Er galt als wichtigster Akteur im Aufbau eines pakistanischen Atomwaffenprogramms. 2004 wurde er zu mehreren Jahren Hausarrest verurteilt, nachdem er gestand, wesentliche Informationen zur Entwicklung von Atomwaffen an Nordkorea, an den Iran und an Libyen weitergegeben zu haben. (Red.)

Österreich: Weiterer Schritt in Richtung EU/NATO

Im September 2021 wurde Österreich als sechstes assoziiertes Mitglied des EUROCORPS aufgenommen. Das Bundesheer ist zunächst mit einem Stabs-offizier – Oberstleutnant Helmut Fiedler - bei der französischen Planungsabteilung in Straßburg vertreten.

Nach der Aufstellung einer Deutsch/Französischen Brigade Ende der 80iger Jahre wurde 1993 von diesen Ländern das Eurocorps gegründet. In der Folge beteiligten sich auch Belgien, Spanien und Luxemburg. Der Verband versteht sich als Stabs- und Unterstützungseinheit und umfaßt rund 1.000 Personen. Das Hauptquartier plant die Einsätze von entsandten Kräften für NATO- und EU-Missionen, wie etwa die Schnelle NATO-Eingreiftruppe, und führt diese durch. Einsätze erfolgten am Balkan (SFOR und KFOR), Afghanistan (ISAF), Mali (EUTM) und Zentralafrikanische Republik (EUTM RCA).

Österreich unterzeichnete im Februar 2003 zusammen mit Finnland ein technisches Abkommen und wurde damit Truppenstellernation beim Eurocorps. Bis 2011 entsandte das Bundesheer Stabspersonal. Erst 2021 stieß Österreich zu den anderen fünf assoziierten Mitgliedern (Griechenland, Türkei, Polen, Italien und Rumänien).

Mit dem Vorsitzenden aller Generalstabschefs der EU, Dienstantritt Mai 2022, dem stellvertretenden Kommandant im Multinationalen Kommando Operative Führung in Ulm (beides siehe bfr. 2/2021), stellt Österreich jetzt einen dritten Stabs-offizier im EU/NATO-Bereich. Damit eröffnen sich weitere Beteiligungsmöglichkeiten militärischer Art, und die Aushöhlung der Neutralität schreitet voran. (Red.)

Rüstung boomt

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI hat für 2020 einen Bericht über die weltweite Rüstung veröffentlicht. Trotz Pandemie sind die Zahlen weiter gestiegen. Untersucht wurden besonders die 100 größten Rüstungsfirmen. Für Rüstungsgüter wurden 2020 531 Mrd. US-Dollar ausgegeben, was im Vergleich zu 2019 einen Anstieg um 1,3 % bedeutet. Während Russland an Anteilen verlor, steigerten sich China und Deutschland. Spitzenreiter bleiben aber US-amerikanische Firmen. Die fünf größten Rüstungskonzerne der USA verkauften 2020 Rüstung um fast 183 Mrd. US-Dollar. Die drei größten chinesischen Firmen brachten es auf fast 50 Mrd. US-Dollar.

Die Gründe der steigenden Rüstungsausgaben finden sich in den zahlreichen weltweiten militärischen Konflikten, in den Aufrüstungs- und Modernisierungsprogrammen der nationalen Armeen und in der rasanten Weiterentwicklung auf dem Waffensektor. Weitere nicht ausgewiesene und damit versteckte Kosten fallen in den umfangreichen Forschungsprogrammen für Rüstungsgüter an.

Rüstung tötet auch in Frieden, sagt die Friedensbewegung und hat recht. Durch den Waffeneinsatz und die fehlgeleitenden Gelder dafür müssen unzählige Menschen leiden und sterben. Nahrung, Gesundheit, Gerechtigkeit, Bildung und Umwelt bleiben auf der Strecke.

Papst Franziskus sagte Anfang November 2021 auf dem französischen Militärfriedhof in Rom: „Diese Gräber schreien: Frieden!“ und „Hört auf, Waffenhersteller“. (Red.)



Deutsche Friedensgesellschaft/Aufschrei-Bewegung:

Plakataktion in den Berliner U-Bahnstationen gegen Rüstungsexporte und Krieg.

Foto: Ralf Schlesener

TERMINE

Ob Termine stattfinden können entscheiden die Vorgaben des Gesundheitsministeriums auf Grund der aktuellen Coronalage.

FRIEDENSINITIATIVE 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen/VIC), Pfarrzentrum (Stiegenabgang hinter der Busstation)

Di. 8. März 2022, 19 Uhr, Künstliche Intelligenz für den Krieg. Autonome Waffen verbieten! Vortrag Manfred Sauer, IPPNW Österreich und betrifft frieden

Di. 12. April 2022, 19 Uhr, Atomwaffen auf dem Prüfstand. Den Verbotsvertrag stärken! Ergebnisse zweier Konferenzen (Nichtweiterverbreitungsvertrag NPT und Staatentreffen AWWV). Referat ICAN (angefragt).

betrifft frieden wünscht allen Leserinnen und Lesern einen guten Start ins neue Jahr 2022 und viel Engagement für eine friedlichere und gerechtere Welt

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42
Mitarbeit an dieser Ausgabe: ÖNG, Thomas Roithner, Manfred Sauer, Marit Seyer
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

SADOCC

SADOCC-FORUM

Favoritenstraße 38/Stiege 18/Top 1, 1040 Wien (U1 Taubstummengasse, Bus 13A Belvederegasse)

Do. 20. Jänner 2022 19 Uhr, Buchpräsentation. Daniel Stögerer: Kariyangwe durch Kinderaugen. Schulkinder aus Simbabwe stellen ihre Kultur vor (Friedberg 2021)

Symposium SADOCC/Österr. Namibia-Gesellschaft (ÖNG)

Johann Kepler-Universität, Altenberger Straße 69, 4040 Linz, Saal C

Di. 15. März 2022, 18 bis 20 Uhr Gedenksymposium an Heinz Holley und Eröffnung der 30-Jahre-Ausstellung: Österreichische Polizeimission Namibia

Konferenz

GPA-DJP, Alfred Dallinger-Platz 1 (U3 Schlachthausgasse), 1030 Wien

Mo. 28. März 2022, 14 – 19 Uhr, Auftaktkonferenz „Ungleichheit – Krise – Solidarität“: Soziale Ungerechtigkeit im Südlichen Afrika

Anmeldung und Anfragen: office@sadocc.at

**betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

**DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
pax.vienna@chello.at**

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 5/2021 P.b.b. MZ 20Z041963M

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42